

## Satzung des Region Köln/Bonn e.V.

(Stand 09.09.2013)

### § 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr des Vereins

1. Der Verein trägt den Namen „Region Köln/Bonn e.V.“.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Köln.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

### § 2 Vereinszweck

1. Ziel des Vereins ist es, die Kooperation in der Region auf politischer, wirtschaftlicher und Verwaltungsebene zu fördern, die Region durch geeignete Maßnahmen im Standortbewerb zu stärken und sie mit ihrem regionalen Potenzial zu vermarkten. Diese Zielsatzung soll schwerpunktmaßig durch die Bearbeitung der Aufgabenfelder:
  - a. Maßnahmen zur Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit,
  - b. Regional- und Binnennmarketing,
  - c. Förderung der regionalen Zusammendarbeit (z. B. in den Themenfeldern Europa, Wirtschaftsförderung, Energie/Klima, Natur und Landschaft, Rhein, Siedlungsentwicklung, Tourismus/Naherholung, Arbeitsmarktpolitik, Kultur),
  - d. Begleitung bei der Akquisition von Fördermitteln für kommunale und regionale Projekte auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Beratung und Betreuung geförderter Projektträger sowie laufende Information über Fördermittel öffentlicher und privater Anbieter (COMPASS),
  - e. Weiterentwicklung von ausgewählten Formaten und Projekten der REGIONALE 2010,
  - f. Austausch auf politischer, wirtschaftlicher und Verwaltungsebene erreicht werden.

2. Der Verein kann sich zur Realisierung seiner Zwecke und Ziele geeigneter Institutionen und wirtschaftlicher Zweckbetriebe bedienen.

### § 3 Mitgliedschaft

1. Mitglieder des Vereins sind:
  - a. die Städte Köln, Bonn, Leverkusen, der Rhein-Sieg-Kreis, der Rhein-Erft-Kreis, der Rhein-Kreis Neuss, der Oberbergische und der Rheinisch-Bergische Kreis;
  - b. die Handwerkskammer zu Köln, die Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg, die Industrie- und Handelskammer zu Köln;
  - c. die Kreissparkasse Köln, die Sparkasse KölnBonn und die Sparkasse Leverkusen;
  - d. der Landschaftsverband Rheinland
  - e. und der Deutsche Gewerkschaftsbund.
2. Kreisangehörige Kommunen sowie juristische Personen des Privatrechts können den „Regionalinitiative e. V.“ gründen, der seinerseits Mitglied des „Region Köln/Bonn e. V.“ werden kann.

3. Weitere Mitglieder können auf Beschluss des Vorstands aufgenommen werden.
4. Die Mitglieder sind zur Entrichtung der von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgelegten Mitgliedsbeiträge und Umlagen verpflichtet. Die Kammern und die Sparkassen entrichten jeweils einen Beitrag, den sie untereinander aufteilen. Der Mitgliedsbeitrag ist am 31. Januar eines jeden Jahres fällig.
5. Die in Absatz 1 lit. d genannten Mitglieder leisten Mitgliedsbeiträge auf freiwilliger Basis.
6. Die in Absatz 1 lit. e genannten Mitglieder leisten keine Mitgliedsbeiträge.

### § 4 Ende der Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft endet durch
  - a. den Verlust der Rechtspersönlichkeit oder Auflösung eines Mitglieds,
  - b. den Austritt oder
  - c. den Ausschluss.
2. Der Austritt kann bis zum Ende des dritten Quartals zum Ablauf des laufenden Jahres schriftlich gegenüber dem Vorstand erklärt werden.
3. Ein Mitglied kann ausgeschlossen werden, wenn es
  - a. seine Pflichten gegenüber dem Verein, insbesondere zur Zahlung der Mitgliedsbeiträge und Umlagen, nachhaltig verletzt oder
  - b. das Ansehen des Vereins schädigt bzw. gegen die Vereinsinteressen gröblich verstößt.
4. Der Ausschluss erfolgt durch die Mitgliederversammlung. Der Beschluss über den Ausschluss eines Mitgliedes ist mit Gründen zu versehen und dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief bekannt zu machen.

### § 5 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind

1. die Mitgliederversammlung und
2. der Vorstand.

### § 6 Zusammensetzung der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Mitglieder des Vereins.
2. Die Kreise und kreisfreien Städte werden in der Mitgliederversammlung stimmberechtigt durch ihre Landräfin/ihren Landrat bzw. ihre Oberbürgermeisterin/ihren Oberbürgermeister vertreten. Darüber hinaus erhalten die Kreise und kreisfreien Städte je sieben weitere Stimmrechte, welche durch bis zu sieben Vertreter wahrgenommen werden können. Diese Vertreterinnen/Vertreter werden von der jeweiligen Vertretungskörper (Rat oder Kreistag) gewählt.

3. Die kommunalen Gebietskörperschaften können darüber hinaus jeweils bis zu drei weitere VertreterInnen/Vertreter in die Mitgliederversammlung entsenden, die ein Rederecht jedoch kein Stimmrecht haben.
4. Die Wirtschaftskammern und die Sparkassen entsenden pro Kammer/pro Sparkasse zwei stimmberechtigte VertreterInnen/Vertreter in die Mitgliederversammlung.
5. Der Landschaftsverband Rheinland und der Deutsche Gewerkschaftsbund werden jeweils durch zwei VertreterInnen/Vertreter in der Mitgliederversammlung vertreten. Sie haben pro Institution ein Stimmrecht, sofern ein Mitgliedsbeitrag entrichtet wurde.
6. Der „Regionalinitiative e.V.“ wird im Falle seiner Gründung mit einer stimmberechtigten VertreterInnen einem stimmberechtigten Vertreter in der Mitgliederversammlung vertreten sein.
7. Ständige Gäste in der Mitgliederversammlung sind die Regierungspräsidentin/der Regierungspräsident Köln und die Landrätin/der Landrat des Kreises Ahrweiler, soweit dieser nicht Mitglied des Region Köln/Bonn e.V. ist.

## § 7 Aufgaben der Mitgliederversammlung

1. Die Mitgliederversammlung beschließt über alle ihr ausdrücklich zugewiesenen Angelegenheiten des Vereins.
2. Die Mitgliederversammlung ist zuständig für die
  - a. Änderung der Satzung,
  - b. Wahl einer Vertreterin/eines Vertreters im Vorstand (Wahl für zwei Jahre),
  - c. Verabschiedung des vom Vorstand aufgestellten Jahreswirtschaftsplanses und der vom Vorstand beschlossenen Jahresarbeitsplanung einschließlich der Wirtschaftspläne der vom Verein getragenen Zweckbetriebe,
  - d. Verabschiedung des vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlusses,
  - e. Entgegennahme des Berichts über das abgelaufene Geschäftsjahr einschließlich der vom Verein getragenen Zweckbetriebe,
  - f. Entlastung des Vorstandes,
  - g. Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und der Umlagen,
  - h. Bestellung der RechnungsprüferInnen/Rechnungsprüfer und Entgegennahme ihres Berichts,
  - i. Entscheidung über den Ausschluss von Mitgliedern,
  - j. Auflösung des Vereins und Verwendung des Vereinsvermögens.

## § 8 Einberufung, Beschlussfassung und Verfahren der Mitgliederversammlung

1. Ordentliche Mitgliederversammlungen finden bei Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich statt. Die Einladung erfolgt schriftlich durch die Vorstandsvorsitzende/den Vorstandsvorsitzenden mit Bekanntgabe der Tagesordnung und des Sitzungsortes mindestens vier Wochen vor dem Versammlungstermin. Die Tagesordnung kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ergänzt werden. Beschlüsse zu § 7 Absatz 2 lit. a, g, i und j können nur gefasst werden, wenn auf den Gegenstand der Beschlussfassung in der Einladung schriftlich hingewiesen wurde.

2. Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind binnen vier Wochen einzuberufen, wenn sie von mindestens einem Drittel der MitgliedervertreterInnen unter Angabe der Gründe schriftlich bei der Vorstandsvorsitzenden/dem Vorstandsvorsitzenden beantragt werden.
3. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt die Vorstandsvorsitzende/der Vorstandsvorsitzende. Im Falle ihrer/seinher Verhinderung übernimmt einer der stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden das Mandat.
4. Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden MitgliedervertreterInnen beschlussfähig. Beschlüsse werden mit zwei Dritteln Mehrheit der anwesenden MitgliedervertreterInnen gefasst.
5. Beschlüsse zu § 7 Absatz 2 lit. i. bedürfen einer Mehrheit von drei Vierteln der satzungsgemäßen MitgliedervertreterInnen.
6. Bei der Beschlussfassung in der Mitgliederversammlung zählen Stimmenthaltungen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.
7. Jede Mitgliedervertreterin/Jeder Mitgliedervertreter hat eine Stimme. Die MitgliedervertreterInnen sind bei den Abstimmungen an die Weisungen des jeweiligen Mitgliedes gebunden. Schriftliche Stimmberechtigung auf andere stimmberechtigte MitgliedervertreterInnen desselben Mitglieds ist zulässig. Die schriftliche Stimmberechtigung muss der Vorstandsvorsitzende/dem Vorstandsvorsitzenden einen Tag vor der Mitgliederversammlung schriftlich vorlegen. Sie gilt jedoch jeweils nur für eine Mitgliederversammlung.
8. Über die Beschlüsse und Beratungsergebnisse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu fertigen, das von der Versammlungsleiterin/dem Versammlungsleiter und der Protokollführerin/dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

## § 9 Vorstand

1. Der Vorstand besteht aus den Hauptverwaltungsbeamten/ Hauptverwaltungsbeamten der Mitgliedskörperschaften, den HauptgeschäftsführerInnen der drei Wirtschaftskammern, den drei Vorstandsvorsitzenden der Sparkassen, dem GeschäftsführerInnen der Vorstandsmitglied sowie einer Vertreterin/einem Vertreter aus der Mitte der Mitgliederversammlung. Darüber hinaus entspricht die Anzahl der VertreterInnen der Landschaftsverbund Rheinland und ggf. die Regionalinitiative e.V., je ein Vorstandsmitglied. Die genannten Vorstandsmitglieder haben, bis auf die sieben HauptverwaltungsbeamtenInnen/ Hauptverwaltungsbeamten, im Vorstand jeweils eine Stimme. Die HauptverwaltungsbeamtenInnen/Hauptverwaltungsbeamten besitzen jeweils drei Stimmen.
2. Die/Der Vorstandsvorsitzende und seine 1. Stellvertreterin/sein 1. Stellvertreter müssen HauptverwaltungsbeamtenInnen/Hauptverwaltungsbeamten sein. Die beiden Ämter werden in der Reihenfolge entsprechend der Höhe der Einwohnerzahl der entsprechenden Mitgliedskörperschaften (§ 3 Abs. 1 lit. a) besetzt. Die zweite Stellvertreterin/Der zweite Stellvertreter wird aus dem Bereich der Wirtschaftskammern oder der Sparkassen gewählt. Die Amtsduauer beträgt jeweils zwei Jahre.
3. Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied wird vom Vorstand benannt. Dem Geschäftsführenden Vorstandsmitglied obliegt die Geschäftsführung des Vereins. Darüber hinaus führt sie/er die Kasse des Vereins und erledigt alle Geldangelegenheiten.
4. Ständige Gäste im Vorstand sind die Regierungspräsidentin/der Regierungspräsident und eine Vertreterin/ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Landrätin/der Landrat des Kreises Ahrweiler ist ständiger Guest im Vorstand, sofern der Kreis nicht Mitglied des Region Köln/Bonn e.V. ist.